

Dill-Beitung

Zeitung für das Dilltal

Dillburger Tageblatt

Amliches Kreisblatt für den Dillkreis

Ausgabe täglich nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: vierteljährlich ohne Fracht 1.20 M. Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, die Zeitungsboten und die Postämter, sowie sämtliche Postanstalten.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg

Anzeigenpreise: Die 6spaltige Zeile 20 Pfennig. Mehrspaltige (3spaltige) 30 Pfennig. Bei Wiederholungen Abnahme entsprechender Rabatt oder günstige Zeilen-Abstände. Offertenzettel oder Anzeigen durch die Geschäftsstelle 25 Pf.

Nr. 257

Freitag, den 1. November 1918

78. Jahrgang

Waffenstillstands-Abkommen der Türkei.

Zwei neue Republiken?

Am Mittwoch Vormittag kam es in Wien zu einer großen Kundgebung der Wiener Studentenschaft, der sich später auch Arbeiter anschlossen. Die Nationalregierung übernimmt die Verantwortung, und zwar ohne Habsburg, wie die Menge rief. Die schwarz-weißen Fahnen wurden eingelegt, und eine zehntausendköpfige Menge feierte vor dem Landhaus die republikanische Idee; das Kriegsministerium wurde von Tausenden von Soldaten und Arbeitern umlagert. Die Regierung wird zur Bildung eines Soldatenrates aufgefordert, und man beschloß, ein provisorisches Soldaten- und Offizierskomitee einzusetzen.

Dasselbe ereignete sich am Abend desselben Tages in Budapest. Dort hat der Militärrat die Herrschaft übernommen, der die Republik ausrief. Unter unbeschreiblicher Begeisterung durchzogen die Demonstranten die Straßen der Hauptstadt. Hochrufe auf die Republik erschollen. Die Truppen schlossen sich den Revolutionären an.

Werden diese beiden Staaten, die ehemals so eng als Königsreiche verbunden waren, mit ihrer Erziehung der Republik sich durchsetzen? Man möchte es bezweifeln, denn die Habsburger Monarchie hat sich längst alle Fäden aus der Hand reifen lassen, hat schon längst die politische Führung verloren und die Macht über das Volk. Bei dem bunten Völkergemisch Österreich-Ungarns ist das eigentlich gar nicht zu verwundern. Doch hätte nicht diese schäppige Politik gemacht werden dürfen. Die jeweiligen österreichischen Monarchen — wenigstens die letzten — ließen sich von ihren Ministern am Gängelband führen, und wenn sie mal selber Politik trieben, hießen sie stets daneben.

Österreich ist aus der Ostmark hervorgegangen, die Karl der Große zum Schutze seiner Ostgrenze schuf. Seit dem Jahre 788 haben hier Deutsche auf der Grenzwehr gestanden, und das Deutschtum bildete lange Zeit die oberste und beste Schicht der heimischen Bevölkerung. Die Entfaltung in der deutschen Ostmark vollzog sich dann in einer Weise, daß einerseits vom Westen her deutsche Bauern langsam vordrangen, während von Osten her der Strom der Tschchen und Magyaren in das Land strömte. Es ist bekannt, daß dann Jahrhunderte lang der Kampf gegen das junge Staatsgebilde anstürmten, und daß Österreich diesen Kampf erfolgreich beendete hat. Immer leidenschaftlicher betonen die kaisertreuen Elemente des Volkes ihr Volkstum, und allmählich kam das, was kommen mußte. Österreich wurde aus dem reichsdeutschen Schicksal herausgerissen. Seit 1867 wurde das Deutschtum in Österreich-Ungarn immer mehr getrennt. Weht man den Gründen dieser Tatsache nach, so steht man sie in der Industrialisierung der österreichischen Länder und in der Haltung des österreichischen Liberalen für die Freiheit aller Stämme auf? Sie bereiteten sich selbst hauptsächlich dadurch ihr frühes Grab. So idealen Beweggründen auch ihr Handeln entsprang, erreicht wurde nur das, daß dem Stalament der Weg bereitet ward. Auch ein äußerlicher Grund ist das seine. Die Deutschen stiegen in Österreich über alle Teile der Donaumonarchie ziemlich verteilt, während die anderen Nationalitäten ihren festen Stammland haben. Daß die Deutschen als Vertreter von Handel und Industrie einen großen kulturellen Einfluß gehabt haben, hat an ihrem Schicksal nichts ändern können.

Die Deutsch-Österreicher, die ehemals über die anderen Völker Österreich-Ungarns einen großen Einfluß hatten, haben den Boden so nach und nach verlassen, weil das Selbstbestimmungsrecht in diesen Nationen schnell wuchs. So wurde den Deutsch-Österreichern nach und nach das Heft aus der Hand entwunden. Sie verloren an Ansehen und Autorität. Unter der Regierung des Kaisers Franz Josef schloß alles politisch seinen Dornhaken. Nur sie und da wurden aus der Hofkammerlaube bereinigt während Stimmen laut. Man sah und hörte einfach nichts. Kaiser Karl hat wohl Politik treiben wollen, aber er hat sie am verkehrten Ende angefaßt. Nachher wußte er sich aus dem Wirrwarr nicht herauszufinden. — Hier stehe ich, Gott helfe mir. — So hat Kaiser Karl sich eher verkauft wie belebt gemacht, die Habsburger Monarchie verlor an Ansehen, und der Ruf der Völker Österreichs nach Selbständigkeit wurde stärker. Und es kam, was kommen mußte. Durch die Not des langen Krieges geschwächt und müde, trat langsam die Befreiung ein. Ungarn trennte sich von Österreich, Tschechien erklärte seine Selbständigkeit, die Tschecho-Slowaken gründeten einen Staat, Rumänien erklärte seinen Anschluß an Frankreich. Nun war der Haß gegen die Habsburger Monarchie lebendig. Die konstitutionelle Monarchie wurde für abgetan erklärt, und Österreich und Ungarn proklamierten die Republik.

In Wien ist Revolution! Das hört sich schrecklich an, und ist doch gar nicht so schrecklich. Eine Revolution braucht nicht mit Blut und Todschlag zu endigen, sie kann auch ruhig und unblutig verlaufen. Und sie tut es in diesem Falle. Der Österreichische ist ein friedliebender Mensch. Nur in Budapest hätte sich die Demonstration etwas lauter und lebhafter abspielen, denn der Ungare ist beweglich und feurig.

Die Geschichte hat gelehrt, daß eine Präsidentenverfassung mit all ihrem Begünstigung- und Vereinfachungs-System auch nicht für den Staat das Beste ist. Sollte Kaiser Karl absolut verschwinden, so hätte man einen anderen Kaiser wählen oder wenigstens ein Scheinherzogtum einführen sollen, so etwa wie in England. Das wäre für Österreich der beste Übergang gewesen. Einer goldenen Zukunft gehen die beiden jungen Republiken durch die selbstgeschaffene Lage nicht entgegen. Und

mag es wenig rühren, denn wir sind für die österreichische Politik nicht verantwortlich.

Wir haben für Österreich getan, was wir tun konnten. Ja, wir haben eigentlich über unsere Kräfte gehoben. So gar unser Gut ist für die Doppelmonarchie gestiegen. Österreich-Ungarn hat Beruhigung an uns gesucht. Wir werden keinen Finger darum rühren, ihm zu helfen. Mag es sich selbst aus der Patsche ziehen.

Waffenstillstandsabschluß der Türkei.

London, 31. Okt. Das Reuter-Büro erzählt: Die türkische Regierung hat dem Waffenstillstand zugestimmt.

London, 31. Okt. Das Reuter-Büro erzählt, daß der Waffenstillstand mit der Türkei am 31. Oktober mittags unterzeichnet worden ist.

Notiz: Eine amtliche Meldung vom Abschluß des Waffenstillstandes liegt bisher nicht vor.

Die Verhandlungen mit der Türkei.

Haag, 31. Okt. Reuter meldet aus London: Türkische Blätter teilen mit, es trete der Wunsch zutage, daß die Dardanellen demnächst geöffnet werden und eine britische Flotte in die Dardanellen einziehen, ohne daß eine Landung stattfinden. Nur eine kleine Flotte solle an Land gesetzt werden, um die Demobilisierung zu überwachen.

Haag, 31. Okt. Reuter meldet aus London: Wilson wird die osmanische Note so rasch als möglich beantworten. Diese Antwort wird zweifelsohne die gleiche Einseitigkeit der Auffassung der Alliierten zeigen, die bisher in allen Fragen des Waffenstillstandes und des Friedens zutage trat. Der Schlüssel für die innere Lage der Türkei sei im jungtürkischen Komitee in Konstantinopel zu suchen. Die Tatsache, daß Eschad Pascha Finanzminister und vielleicht das einflussreichste Mitglied des Komitees ist, beweise hinreichend, daß Talaat Pascha noch immer als Drahtzieher zu betrachten sei und daß die Bande zwischen Deutschland und dem Komitee noch zu eng seien, als daß sie leicht auseinander reißen könnten.

Will Italien nicht verhandeln?

Der österreichische amtliche Bericht.

Wien, 31. Oktober. (W.B.) Amtlich wird verlautbart:

Das Oberkommando stellte bereits am 29. Oktober früh durch einen Parlamentarier die Verbindung mit der italienischen Heeresleitung her. Es sollte kein Mittel zur Vermehrung weiterer unnötiger Blutopfer, zur Einstellung der Feindseligkeiten und zum Abschluß eines Waffenstillstandes unterzucht bleiben. Das italienische Oberkommando nahm gegen diesen von den besten Absichten geleiteten Schritt zuerst eine unentfesselt ablehnende Haltung ein. Erst am 30. Oktober abends konnte General der Infanterie von Weber mit einer Abordnung im Einverständnis mit dem italienischen Oberkommando die Befehlskette zur Einleitung der Verhandlungen überreichen. Wenn demnach auf dem italienischen Kriegsschauplatz die Kriegsgreuel ihre Fortsetzung finden, so müssen die Schuld und Verantwortung lediglich auf Rechnung unserer Feinde geschrieben werden.

Der Chef des Generalstabes.

Attentat auf Graf Tissa.

Budapest, 31. Okt. Das ungarische Korrespondenz-Büro meldet: Graf Stephan Tissa ist das Opfer eines Attentats geworden. Auf einem Spaziergange mit einer Verwandten in der Herminenstraße wurde er von Soldaten durch Revolvergeschosse getötet. Seine Begleiterin wurde angeblich verwundet.

Japans Verteilungsvorschlag der deutschen Südpazifik-Inseln.

London, 31. Okt. (W.B.) Reuter. Die „Times“ erzählt aus Tokio vom 20. Okt.: Marquis Ukuma, der bei Beginn des Krieges Ministerpräsident war, schreibt einen langen Artikel in der Zeitung „Asahi“, worin er die Bedingungen aufzählend darlegt, die Japan in dem fernsten Osten für nötig hält. Er findet, daß die Verwaltung über die Samoa-Inseln in England und den Vereinigten Staaten überlassen werden muß, um den deutschen Stützpunkt im Stillen Ozean zu vernichten, daß Neu-Guinea Australien zuzufallen muß. Die Marshall-, Karolinen- und Marianen-Inseln, die die Japaner besetzt halten, sind für Japan wertlos, aber in deutschen Händen gefährlich. Da keine Gründe bestehen, weshalb sie einer dritten Macht gegeben werden sollen, muß Japan im Besitz dieser Inseln bleiben. Das Telegraphenkabel, das Tsingtau mit den südlichen Gebieten über See verbindet, steht jetzt unter Kontrolle der japanischen Flotte. Die Tsi-Man-Eisenbahn (in der chinesischen Provinz Schantung) muß auch von den Japanern verwaltet werden. Japan muß mit den Alliierten wegen der Ordnung in Sibirien in Verhandlung treten. Das Problem der Konzeptionen und die anderen Interessen in diesen Gebieten müssen so geregelt werden, daß keine Macht eine Vormachtstellung bekommt. In den Beziehungen Chinas mit den anderen Mächten müssen die Grundsätze der offenen Tür und der gleichen Gelegenheit wie bisher beibehalten werden.

Die Frage des Waffenstillstandes.

Die Stellung Frankreichs.

Genf, 31. Okt. In Paris wird gegenwärtig die Entscheidung der Entente gegenüber den deutschen Friedensvorschlagen besprochen. Die Vereinigten Staaten sind durch den Obersten House vertreten und England durch Lord George. Die französische Presse gibt sich den Anschein, als ob es sich bei diesen Beratungen nur darum handelte, alle denkbaren Sicherheiten auszunutzen, um die „hinterlistigen Vorbehalte“, die hinter dem deutschen Friedensangebot stecken mögen, zu nichte zu machen. Auch der Pariser Korrespondent des „Journal de Geneve“, der gehorsam alles verzeichnet, was ihm in Paris eingegeben wird, erzählt seinen Lesern treuerzueig, daß es jetzt nicht darauf ankomme, ob der Frieden einige Monate früher oder später eintreffe, sondern nur darauf, daß Deutschland sich unbedingt unterwerfe und sich für alle Zeiten wehrlos machen lasse. So liegen aber die Verhältnisse in diesem Augenblicke gar nicht und der beste Beweis dafür ergibt sich aus dem Bedürfnis der Ententerregierungen nach einer gemeinsamen und gründlichen Beratung. Diese diplomatische Konferenz widerspricht vor allen Dingen der anmaßenden Behauptung der offiziellen Pariser Presse, als ob die Waffenstillstandsbedingungen eine rein militärische Sache seien, und selbst der Gewährsmann des erwähnten Genfer Blattes, der übrigens selbst Franzose ist, gibt zu, daß in erster Linie die elisabethinische Frage im Rahmen der Waffenstillstandsbedingungen geregelt werden muß. Das „Journal de Geneve“ erklärt es vor zwei Wochen für genügend, daß Elsass-Lothringen gesamt werde, aber freies Gebiet bleibe bis zum endgültigen Friedensschluß. In Frankreich scheint man jetzt auf einer sofortigen Befreiung ohne vorherige Beratung der Bevölkerung bestehen zu wollen. In diesem Falle würde es offenbar werden, daß Deutschland den Willen der Bevölkerung des Reichslandes gelassen hätte, während Frankreich die unbedingte Befreiung als eine Frage des eigenen Prestiges ansieht. Der Präsident Wilson hat sich dafür eingesetzt, daß das „an Frankreich im Jahre 1871 begangene Unrecht gut gemacht“ werden soll. Es ist also wahrscheinlich, daß er sich die französische Auffassung über die Art, wie das geschehen soll, aneignet.

Wer im jetzigen entscheidenden Augenblick handelt es sich nicht nur um die Fragen des Prestiges und der Rücksichten. Wenn morgen die Entente als Waffenstillstandsbedingung die Befreiung des Reichslandes verlangt und wenn Deutschland nur die Räumung zugestehen will, um der endgültigen Befreiung der Friedensbedingungen nicht vorzugreifen, so wird der Krieg fortgesetzt werden und die französische Regierung würde die Verantwortung dafür treffen. Sie wird gleichzeitig die Freiheit verlieren, englische oder italienische Friedensbedingungen abzulehnen, die sie selbst für übertrieben hält. Die französische Regierung würde sich aber all diese Bedenken ohne weiteres hinwegsetzen, wenn sie wirklich den Standpunkt einnehmen wollte, den der Pariser Korrespondent des „Journal de Geneve“ ihr zuschreibt, daß es auf ein Jahr mehr oder weniger nicht ankomme. Das französische Volk, das unter dem Krieg besonders schwer gelitten hat, würde eine derartige Auffassung gar nicht teilen, selbst wenn militärische Rückschlüsse ausbleiben sollten, was man selbst in Frankreich für keineswegs sicher hält.

Die französische Regierungspresse äußert sich auch sehr anpruchsvoll in Bezug auf die Behandlung Österreichs. Clemenceaus „Homme Libre“ verlangt, daß die sämtlichen österreichischen Armeen, soweit es sich nicht um die der Entente anhängenden Völker handelt, entlassen werden, damit die Entente an der Ostgrenze Deutschlands eine neue Front errichten könne, um die Front im Westen zu paralysieren. Auch bei diesen Forderungen handelt es sich nicht um ernste Gründe, sondern darum, die Deutschen angesichts der bevorstehenden Verhandlungen einzuschüchtern.

Bern, 31. Okt. Der schweizerische Pressegraph meldet aus Genf: In Pariser parlamentarischen Kreisen verlautet, die Beratungen über die materiellen Bedingungen für den Waffenstillstand seien beendet. Borgefähr gab Italien als letzter Ententestaat seine Zustimmung. Der Wortlaut der Bedingungen muß noch festgestellt werden. Angeblich soll General Pershing für Währung nachdrücklich eingetreten sein und zwar, wie man glaubt, aus politischen Gründen auf Weisung Wilsons.

Eine Neutermeldung über die Bedingungen.

Haag, 31. Okt. Reuter meldet aus London: Augenblicklich liegt der politische Schwerpunkt bei den Staatsmännern der alliierten Regierungen, die die Lage zu beraten haben, nachdem Präsident Wilson seine Korrespondenz offiziell den alliierten Regierungen überreicht hat. Es ist verständlich, daß man den offiziellen Vermittlungen über den Verlauf der Unterhandlungen allzu großen Wert beilegt. Man darf ruhig annehmen, daß die verammelten Staatsmänner solche Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei aufstellen werden, daß bei der Annahme dieser Bedingungen es dem Feinde unmöglich gemacht wird, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen. Man darf übrigens erwarten, daß die Waffenstillstandsbedingungen die sofortige Rückkehr aller britischen Kriegsgefangenen enthalten. An dieses Reutertelegramm war noch folgender Satz an-

gehängt, den das Londoner Büro aber telegraphisch zu streichen hat, der aber von den meisten Zeitungen zur Veröffentlichung gelangte: Wenn man die militärische Lage Deutschlands und diejenige Oesterreich-Ungarns und der Türkei miteinander vergleicht, so ist es sonnenklar, daß Oesterreich-Ungarn und die Türkei keine günstigere Behandlung erwarten dürfen als Bulgarien.

Die Besprechungen in Paris.

London, 31. Okt. (W.B.) Reuters. Es wird mitgeteilt, daß eine Entwicklung in der Friedensfrage nicht eingetreten ist. Die Besprechungen, die in Paris stattgefunden haben, waren ihrer Art nach vorläufige Besprechungen, und die nichtigen begannen erst jetzt. Um bei diesen zugegen zu sein, ist auch Bonar Law zu den übrigen englischen Vertretern hinzugekommen. Der Schatzkanzler ist erst heute in Paris angekommen. Vielleicht wird Ende der Woche irgend eine Mitteilung in Paris veröffentlicht werden, die über die Haltung der Alliierten gegenüber den deutschen Vorschlägen ein genaues Aufschluß geben wird. Bis dahin ist eine wesentliche Veränderung der Lage überhaupt nicht wahrscheinlich.

Die Kaiserfrage.

Berlin, 31. Okt. Die „Post“ meldet: Die Gerüchte über eine bereits erfolgte Abdankung des Kaisers sind nach unserer Erkundung in nichts verfrüht. Der Kaiser ist nach der Front abgereist. In seinen letzten Sitzungen hat sich das Kriegskabinet auch mit der Frage des Thronverzichtes beschäftigt. Es verlautet, daß der Chef des Zivilkabinetts Dr. Deibitz mit wichtigen Aufträgen des Reichskanzlers gleichfalls nach der Front fahren soll.

Berlin, 31. Okt. Gestern nachmittag hat sich nach der Sozialdemokratischen Korrespondenz die Reichsregierung mit dem dringenden Verlangen einer ihrer Mitglieder beschäftigt, gewisse notwendige Schritte aus dem verfassungsrechtlichen Umbau Deutschlands auch in persönlicher Beziehung zu ziehen. Gemeint ist die „Kaiserfrage“.

Preussischer Landtag.

Berlin, 31. Okt. Auf der Tagesordnung steht der Antrag des Grafen Yorck: „In der Zeit der tiefsten Not des Vaterlandes ist es Pflicht und Recht des Herrenhauses, zum Ausdruck zu bringen, wie unerschütterlich der Zusammenhang ist zwischen Preußens Herrscherhaus und seinem Volk. Der König von Preußen wird sein Volk auch in den dunkelsten Tagen treu befinden. Das Herrenhaus wird eingebend seiner Vergangenheit alszeit zu seinem angekommenen Herrscher als Schutz und Wehr vor dem Throne stehen.“

Hg. Graf Ballestrem empfiehlt als Berichterstatter die Annahme des Antrages. Die Ereignisse, die wir durchleben, sind geeignet, das Band der Treue, das uns mit der Person des Herrschers verbindet, nur noch enger zu verknüpfen. Dazu kommt die Tatsache, daß sich im eigenen Lande die Stimmen derjenigen erhoben haben, welche sich nicht scheuen, Angriffe gegen den König zu richten. Das Herrenhaus erscheint der geeignete Ort, dagegen Protest zu erheben. Keine Macht wird so stark sein, und die Verehrung zu unserm angekommenen Herrscherhaus aus dem Herzen zu reißen. (Bravo.)

Graf Yorck: Der Inhalt des Antrages kann selbstverständlich erscheinen. Unser Preußen läßt sich nicht denken ohne das Herrscherhaus. Dagegen ist aber im Reichstage von den Unabhängigen Sozialdemokraten dem Kaiser das Anstehen gestellt worden, vom Schauplatz abzutreten, in einer Form, die weit entfernt ist von der Ehrfurcht und Rücksichtnahme, die dem Träger der Krone gebührt. Solche Angriffe dürfen nicht ohne Widerpruch bleiben. Wir müssen den Mut haben, auszusprechen, daß wir in diesen schweren Tagen treu zu dem angekommenen Herrscherhaus stehen, was auch die Zukunft bringen mag. National wird unsere fernere Entwicklung sein und bleiben müssen. Wie das ohne die schwersten inneren Krisen möglich wäre, wenn ein Bruch mit jener Tradition eintrete, das zu beurteilen überlasse ich Ihrem Urteil. Wir stehen vor einer neuen Epoche unserer Geschichte. Gebe Gott, daß sie nicht zu schwer sein werde. Mit Tatsachen haben wir uns abzufinden. Aber die Stetigkeit der Entwicklung, auf die kein Gemeinwesen ungestraft verzichten kann, läßt sich nicht unterbrechen. Wir sind eingedenk unserer stolzen Entwicklung. Unsere Armee, die das Land schützt, ist das Werk unsers Königtums. Das Band zwischen beiden muß erhalten bleiben. (Bravo.)

Herzog zu Trachenberg: In Liebe und Treue zu unserm Herrscherhaus stehen wir der alten Fraktion nicht nach. Es bedarf für das Herrenhaus dieser Versicherung nicht. Nachdem aber der Antrag gestellt ist, nehmen wir ihn an.

Prinz zu Schönburg-Waldenburg: Wir stimmen dem Antrag selbstverständlich zu. Damit schließt die Debatte. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung 13. November. Kleinere Vorlagen. Schluß nach 2 1/2 Uhr.

Die Lage in Oesterreich und Ungarn.

Bildung der deutsch-östr. Regierung.

Berlin, 31. Okt. Dem „Berl. Tagbl.“ wird aus Wien gemeldet: Die deutsch-österreichische Regierung wurde gebildet. Zu Staatssekretären wurden ernannt: Aussenw.: Victor Adler, Sozialdemokrat; Krieg: Wittmayer Josef Reyer, Deutsch-Ungarier; Inneres: Dr. Mataj, Sozialdemokrat; Finanzen: Dr. Steinwender, deutsch-national; Handel: Dr. Urban, deutsch-national; Wohlfahrt: Junkel, christlich-sozial; Unterricht: Pascher, deutsch-national; Justiz: Koller, deutsch-national; Ackerbau: Stadler, christlich-sozial; Kulturgeb.: Hanusch, Sozialdemokrat; Öffentliche Arbeiten: Ferrik, christlich-sozial; Ernährung: ehemaliger Seftionschef Löwenfeld; Gesundheit: Professor Dr. Kaupf. — Am Mittag trat der provisorische Staatsrat mit den Delegierten der Nationalversammlung zur Uebernahme der Regierung in Wien zusammen. Der Staatsrat dürfte sich nur als Beirat der Nationalversammlung, nicht als selbständiges Organ betrachten.

Graf Hadik's Regierungsprogramm.

Budapest, 31. Okt. Der Ministerpräsident Graf Hadik erklärte einem Vertreter des „Ny Est“, sein Programm bestünde darin, daß er große Revolutionen durchführen wolle. Er wolle die demokratische Entwicklung und keine Revolution. Von ihm nahestehernde Sekte verlautet, der Ministerpräsident werde heute mit den Parteien der äußersten Linken verhandeln. Er hoffe, daß er auch Vertreter der Sozialdemokratie als Kabinettsmitglieder gewinnen werde. In erster Reihe werde er mit den Andrássy- und Apponyi-Parteien und mit dem sogenannten Zentrum verhandeln, doch werde kein extremer Pol der Befreiung oder Tisza-Partei in das Kabinet aufgenommen werden. Der frühere Handelsminister Sierendi und der Handelsminister Szurnay würden ihre Portefeuilles behalten. Der Ministerpräsident werde vielleicht auch das Ministerium des Innern für sich behalten.

Lammash's Programmrede.

Wien, 30. Okt. (W.B.) In seiner Programmrede vor den versammelten Parteiführern in der Ministerpräsident Lammash eine Aufforderung an die Front, sich nicht wegen der Aussicht auf den Waffenstillstand sofort aufzulösen, sondern Ordnung und Selbstucht zu bewahren, damit die Gefahr einer Ueberflutung der Länder durch die ohne Ordnung sich zurückziehende Armee abgewendet werde. Die Regierung habe alle Vorkehrungen getroffen, damit die Truppen möglichst geordnet zurückkommen könnten. Jedes eigenmächtige Vorgehen der Front sei ein unglückliches Beginnen, weil es die Heilmittel nicht beiseite räume, sondern infolge der dadurch entstehenden Unordnung in den Verkehrs- und Versorgungs-Verhältnissen für nur erschweren werde. Auch die Frage der Umwälzungen im Staat erfordere Besonnenheit und Gelassenheit. Wenn auch die Verhältnisse für eine rasche Lösung in vielen Beziehungen drängen, so könnten diese Fragen doch nicht unter dem Impuls augenblicklicher, nur auf Abwendung gerichteter Leidenschaft vornehmlich gelöst werden. Die Regierung stehe aus innerlicher Ueberzeugung auf dem Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts aller Nationen, das sie voll und ganz anerkannt habe. Die Regierung wolle jedoch betonen, daß einseitige Beschlüsse nicht gefaßt werden sollten, bevor die Heiden von der Front in die Heimat zurückgeführt und in die volle Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte wieder eingetreten seien. Alle insularen getriebenen Mährge in der Sache der Regierung daher nur als provisorische, die der endgültigen, freien und allgemeinen Abstimmung noch unterliegen. Insbesondere müsse die Abgrenzung der einzelnen nationalen Entwicklungsgebiete durch eine Vereinbarung zwischen den Nationen, ebenmäßig durch Schiedspruch erfolgen. In der Uebergangszeit werde die Regierung die Wahrung der Wünsche der Vertreter der Völker anpassen und sich als Treuhänderin der künftigen Staaten betrachten. Die neuen Staaten würden selbstverständlich bei den Friedensverhandlungen vertreten sein. Sie würden auch in keiner Weise verhindert werden, ihre internationalen Beziehungen mit den neuen Staaten sofort anzunehmen. Der Außenminister sei bereit, sich in dieser Richtung zur Verfügung zu stellen und ihre Tätigkeit zu unterstützen.

Der Ministerpräsident wies ferner darauf hin, daß gewisse Zusammenhänge, die sich aus der Geschichte, insbesondere aus der Wirtschaft ergeben, in Form von Fragen weiterleben, über die sich die selbständigen Staaten untereinander verständigen müssen. Dies sei besonders notwendig hinsichtlich aller aus der Liquidation des Krieges sich ergebenden Aufgaben, hinsichtlich der Aufteilung der bisher gemeinsam getragenen Lasten und Abrechnung sonstiger gemeinsamer Verpflichtungen, insbesondere der Versorgung der Beamten, Versorgung der Gehälter, Pensionen, Versorgung der Witwen und Versorgung der Anwärter aller derjenigen, die in irgend einer Weise materiellen Schaden erlitten hätten. Die neuen Staaten gebührte insofern, was diese Lasten betrafte, als Rechtsnachfolgerinnen des kaiserlichen Gemeinwohlstaates betrachtet werden müssen. Die Armee werde sich der veränderten staatsrechtlichen und politischen Struktur anpassen müssen. Dies

werde aber erst dann erfolgen können, wenn der feindliche Druck an der Front aufgehört habe. Der Ministerpräsident verwies in diesem Zusammenhang auf die jüngste Erklärung des Kriegsministers, derzufolge sich die Armee unbedingt der staatlichen Rekonstruktion anpassen werde. Den Wünschen aller nationalen Parteien hinsichtlich der Dislokation der Regimenter in konnationale Gebiete solle Rechnung getragen werden. Die Regierung fühle sich verpflichtet, eine weitgehende Amnestie und einen weitgehenden politischen Gnadenakt zu erwirken. Der Ministerpräsident schloß: „Die Bahn für die Gestaltung der Zukunft nach den Wünschen der Völker ist frei. Mögen die Völker diese Zukunft so reich, so schön, so kräftig und so verhältnismäßig gestalten, als dies hienieden möglich ist. Möge das Abgeordnetenhaus die heute noch bestehende Regierung des alten Oesterreichs als treue berechnung und selbstlose Helfer bei der großen Arbeit anerkennen.“

Der Umsturz in Ungarn.

Budapest, 31. Oktober. Heute Nacht verlangte das Stationskommando Gyalenbes, einer an der Draugelegenen ungarischen Grenzgemeinde, rasche militärische Hilfe, da das „grüne Cadre“ im Anmarsch sei. Die ungarische Gemeinde Bixbor, sowie die kroatischen Dörfer neben Jozsef das Auge recht zu kommen. Aus Ungarn seien starke kroatische Truppen gegen das grüne Cadre unterwegs. Nach einer Meldung des Pesther Napcs wurden auch die ungarischen Grenzstationen Beres und Gyalenbes in Brand gesetzt.

Keine Ausfahrungen in Wien.

Wien, 31. Okt. (W.B.) Meldung des Korresp.-Büros. Der gestrige Tag verlief im allgemeinen ohne Ausfahrungen. Gegen 7 Uhr abends fanden Kundgebungen vor dem Landhause statt. Hierauf zog ein großer Teil der Teilnehmer zum Parlament, wo Ansprachen gehalten und eine rote Fahne entfaltet wurde. In lebhaften Kundgebungen kam es auch vor dem Kriegsministerium. Hier wirkte an einzelnen anderen Punkten der Stadt benutzten untreue Zungen die Gelegenheit, um Unruhe zu treiben. Das Treiben dieser Elemente fand jedoch seitens der Hauptmasse der Teilnehmer an der Kundgebung keine Unterstützung.

Der Hunger vor den Toren Wiens.

Wien, 31. Okt. (Z.N.) Der Berichterstatter des Berl. Tagbl. meldet: Niemand kann sagen, was die nächsten Tage bringen, denn vor den Toren Wiens steht der Hunger. Von der Front trifft eine Hubschraff nach der andern ein. In Pola hat sich die Mannschafft der Schiffe bemächtigt, um sie den Südländern, Ungarn und dem deutschen Nationalrat zur Verfügung zu stellen. In Triesterwartet mandas Eintreffen eines amerikanischen - anglo - französischen Geschwaders. Im Giapentraum der italienischen und serbischen Front geht die Auflösung vor sich. Sengend und plündernd bleiben bereits einzelne Soldatentruppen aus Südtirol und Kroatien nach Norden. In verschiedenen Divisionen haben die Truppen den Gehorsam verweigert. Auch zu vereinzelt Zusammenstößen zwischen Soldaten verschiedener Nationalitäten ist es gekommen. Niemand kümmert sich mehr um die gemeinsame Regierung und das Ministerium Lammash. Graf Andrássy kann jede Stunde fallen. Der Kaiser soll sich in Gdöls befinden. Er hat 18 Eisenbahnwagen Einrichtungsgegenstände, wie es heißt, auch die Juwelen der Schatzkammer mitgenommen. Für die nächsten Tage wird die Amnestie Friedrich Adlers erwartet.

Die Forderungen der fiedenburgischen Sachsen.

Budapest, 31. Okt. Der Zentralausschuß der fiedenburgischen Sachsen sah einen Beschluß, worin gesagt wird, daß das sächsische Volk fest und unerschütterlich zum ungarischen Vaterlande stehe, und bei der Neuordnung des Reichs die Gewährleistung der vollen bürgerlichen Entwicklungsmöglichkeiten und Selbstbestimmung von Kirche, Schule und Nationalvermögen fordere. Der gleiche freie Lebensraum soll dem deutschen Volke in Ungarn gegeben werden. Die sächsischen Reichstagsabgeordneten werden aufgefordert, für diese Ziele unabhängig von den ungarischen Reichsparteien einzustehen, und alles daran zu setzen, daß das deutsche Volk in Ungarn den Platz unter den Völkern Ungarns erhalte, der ihm nach seiner Kulturarbeit und seiner Treue gebührt.

Der Krieg zur See.

38 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 30. Okt. (W.B. Amtl.) Im Sperrgebiet um England versenken unsere U-Boote 38 000 Brt. Handelschiffsräum.

Im Mittelmeer erzielte ein deutsches U-Boot einen Torpedotreffer auf einen französischen Panzerkreuzer; die weitere Wirkung des Erfolges konnte nicht beobachtet werden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Wer Banknoten hamstert

und Darlehensschecke, handelt töricht. Sie sind zinslos, bei Brandfällen und Diebstählen tritt völliger Verlust ein.

Wer Kriegaanleihe zeichnet, handelt klug.

Sein Geld ist ebenso sicher angelegt wie in Banknoten, und noch nützlicher, denn er erhält halbjährlich toller seinen Zins.

Die Tagesberichte.

Der deutsche amtliche Bericht.

großes Hauptquartier, 31. Oktober. (W. B. Amtlich.)

geklärter Kitzschplan:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bei Bormen an der Ost wurde ein Teilangriff der Belgier abgewiesen. Südlich der Schelde und am von Normal zeitweilig Artilleriekampf und kleinere Unterlegungsgefechte.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Ein feindlicher Angriff gegen den Kanalabschnitt südlich von Lüttich scheiterte. Südlich der Schelde wiesen am frühen Morgen teilweise Angriffe des Feindes auf die von Landisay gestützte sich hierbei das Regiment Nr. 270 besonders aus. Auch die bis zum Abend nach einer Feuerwirkung und unter Einsatz zahlreicher Panzer mehrmals wiederholten feindlichen Angriffe scheiterten. Wo es dem Gegner gelang, vorzudringen in unseren Linien Fuß zu fassen, warfen ihn unsere Geschütze wieder zurück. An der erfolgreichen Abwehr der Panzerwagen nahmen die 2. Kompanie des Regiments Nr. 444, die Minenwerfer-Kompanien Nr. 464 und Nr. 465, die 1. Kompanie des Regiments Nr. 1 (von ihm der Unteroffizier Hauptmann der 4. Batterie) und Wachtmeister Hornstein teil. Des Regiments Nr. 57 besonderen Anteil. Auf dem Kampffeld zwischen Rixsele, Comitz und Rixsele blieb die Artillerie-Tätigkeit lebhaft. Nordwestlich von Rixsele wurden am Abend erneute starke Angriffe des Gegners abgewiesen.

Heeresgruppe Gallwitz.

Bei beiden Maasuferten nahm die Artillerie-Tätigkeit zu.

Die Flieger-Tätigkeit war gestern besonders reg.

58 feindliche Flugzeuge und 2 Bessel.

ab. Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Leutnant Dör erlangte seinen 35. Oberleutnant.

Lokales und Provinztelles

Auszeichnung. Der Gefreite Heupel, Sohn des Bergmanns W. Heupel von Ranzbach, Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl., erhielt das Kaiserliche Hausatzenkreuz und wurde zum Unteroffizier befördert.

Fallende Preise. Langsam, aber doch sicher wickelt die Möglichkeit des Friedens auf das Lager der Bucher, Schleichhändler und Konfektoren. So sind in neuester Zeit die Preise für Kakao im Großhandel bereits unter die Hälfte ihrer bisherigen Höhe herum tergegangen.

Auch für andere Kolonialwaren, die sich gegenwärtig nahezu ausschließlich in den Händen des Schleichhändlers befinden, sind starke Preisstärkungen zu verzeichnen. Im Einzelhandel ist davon vorläufig noch nichts zu bemerken, aber auch hier kann die Wirkung nicht lange auf sich warten lassen. Um so eher, je mehr das Publikum seine Kaufkraft bei irgendwelche entbehrlichen Dingen einschränkt. Aufsteigend haben auch Preise, die bedenkliche Folgen für die Arbeitermassen auf sich haben, begonnen, die Käufer abzustoßen. Schon sinken die Preise im Großhandel. Man rechnet mit baldigen Tabakzufuhren nach Holland und damit nach Deutschland, und mit der Freigabe von der Heeresverwaltung beschlagnahmter Vorräte.

Bei Eisenbahnfahrten warm anziehen. Wie im vorigen Winter, so muß auch während des kommenden Winters die Heizung der Züge aus Mangel des hierzu nötigen Materials eingeschränkt werden. Wie bereits bekanntgegeben, können nur die Fernverkehrsleistungen getätigt werden, jedoch kann auch bei ihnen nicht immer auf ausreichende Heizung wie in Friedenszeiten gerechnet werden. Die Staatsbahnverwaltung richtet daher an das reisende Publikum die dringende Aufforderung, sich bei klärem Wetter selbst anständig anzuwärmen mit Winterkleidung und Decken zu versehen.

Richtpreise für Rohtabak. Der Bundesrat hat durch Bekanntmachung vom 31. Oktober 1918 die Richtpreise für inländischen Rohtabak aus der Ernte 1918 mit sofortiger Wirkung festgesetzt. Die Preise betragen sich gegenüber den für gleichen Tabak aus den Ernten der beiden Vorjahre maßgebenden Sätzen in beträchtlich höheren Grenzen. Es soll damit der im Laufe der Zeit eingetretenen Verteuerung der Erzeugnisse und berechtigten Wünschen der Tabakpfeifer Rechnung getragen werden. Die Preisfestsetzung ist auf Gipsse, Kaffee und Tabakstränge ausgedehnt worden.

Donsbach, 1. Nov. (Auszeichnung) Pionier Unteroffizier Fritz Henrich von hier, Inhaber des E. K. 2. Kl., erhielt das Eisene Kreuz 1. Klasse.

Mainz, 31. Okt. Der hiesige Straßenbahnverkehr muß infolge der zahlreichen Erkrankungen des Personals Einschränkungen erfahren.

Radesheim, 31. Okt. Ein Hotelbesitzer, baar hat auch den Besitzer des hiesigen „Ratskellers“ brennend. Es wohnte am 14. Tage im Hotel, führte größere Diebstähle aus, und verduftete, als der Wirt erkrankt war, indem es noch obendrein demselben zur Verschärfung des Diebstahls einen großen Koffer entliehe — wohl auf Kimmerrückkehr! Der Besitzer bewertete seinen Schaden auf etwa 1000 Mark.

Radesheim, 31. Okt. Die Weinlese ist hier seit Mittwoch im Gange. Mit dem Ertrag ist es verschieden; im allgemeinen kann man sowohl mit der Quantität als auch mit der Qualität zufrieden sein. Das Traubengeschäft ist ruhig.

Braubach, 31. Okt. Die Stadtverwaltung gab zur Behebung des Brennholzmangels an die münderbemittelte Bevölkerung mehrere hundert Kisten Brennholz unentgeltlich oder zu einem geringen Preise ab.

Letzte Nachrichten.

Republik Bulgarien!

Die bulgarische Volksrepublik erklärt.

Berlin, 1. Nov. Privatmeldungen, die aus Plovdiv eintreffen, besagen: Am 25. Oktober wurde in Gegenwart einer zahlreichen Volksmenge in Tirnovo, der alten Hauptstadt des Landes, die bulgarische Volksrepublik erklärt. König Boris hat auf den Thron verzichtet. An die Spitze des Staates hat sich ein Regent gesetzt. Die Leitung der Bewegung liegt in den Händen des Führers der Bauernpartei, Stambulowski. Ein Heer von 4000 Mann Stärke hat sich zu ihm geschlagen.

Scheidemanns Denkschrift für den Rücktritt des Kaisers.

Berlin, 1. Nov. (T. L.) Wie die Boff. Ztg. aus unbedingt zuverlässiger Quelle erfährt, hat vor einigen Tagen der Staatssekretär Scheidemann an den Reichskanzler eine Denkschrift gerichtet, in der er unter eingehender Begründung die Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers darlegt.

Deibrucks Reise nach dem Großen Hauptquartier.

Berlin, 1. Nov. Zur Reise des Kaisers nach dem Großen Hauptquartier schreibt der „Vol. Anz.“: In seiner Begleitung befindet sich der Chef des Zivilkabinetts, Erzherzog Deibruck. Schon aus diesem Grunde ist die anderweitig verbreitete Nachricht, daß Dr. Deibruck mit besonderen wichtigen Aufträgen des Reichskanzlers nach dem Großen Hauptquartier abreisen werde, unzutreffend. Das Kriegskabinet und die Abdankungsgegründe.

Berlin, 1. November. Das „Berl. Tgl.“ schreibt: Von verschiedenen Seiten ist gestern mitgeteilt worden, das Kriegskabinet habe sich in seinen letzten Sitzungen mit der Frage des Thronverzehrs beschäftigt. Der „Germania“ wird von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß die Meldungen falsch seien. Auch unseren Informationen zufolge treffen sie nicht zu. Tagesher hat das Kriegskabinet gestern Abend in einer dreistündigen Sitzung Beratung gehabt, sich, wenn nicht mit der Frage selbst, so doch mit der Situation, die sich daraus ergeben hat, und Vorfragen, die damit zusammenhängen, zu befassen. Der Kaiser ist gestern früh ins Große Hauptquartier abgereist. In politischen Kreisen bedauert man diese Abreise, da angesichts der nun einmal umlaufenden Gerüchte und der ganzen Sachlage allerlei Kombinationen davon geknüpft werden können. Auch zum Unterhändler über den Waffenstillstand ermächtigt.

Haag, 1. November. Wie die „Times“ melden, haben die alliierten Heeresleitungen General Hoch zur Führung der Verhandlungen über den Waffenstillstand und deren Abschluß ermächtigt.

Die Mitglieder der Pariser Waffenstillstandskonferenz.

Genf, 1. Nov. (T. L.) An den Beratungen der internationalen Konferenz über das deutsche Waffenstillstandsangebot werden sämtliche Minister, Ministerpräsidenten, Minister und Marinekommandanten der Alliierten teilnehmen. Außer Hause sind bereits in Paris eingetroffen: Lloyd George, Orlando, Balfour, Milner, Sir Geddes, Sonnino, Bastich, Benjefos und eine Anzahl höherer militärischer Führer. Am Mittwoch hat in Paris im Marineministerium ein interalliiertes Marinematrat stattgefunden.

Verantwortlicher Schriftleiter: Bruno Benz-Dillenburger.

Amfliche Bekanntmachungen.

An die Magistrate und Gemeindevorstände des Kreises.

Gemäß Art. 42 Ziff. 11 der Ausführungsvorschriften vom 25. Juni 1906 zum Einkommensteuergesetz ist nach Fertigstellung der Voreinschätzungsarbeiten, spätestens aber bis zum 25. Nov. unter eingehender Begründung des Vorschlags ein Verzeichnis derjenigen Steuerpflichtigen hierher einzureichen, von welchen nach dem pflichtmäßigen Ertrags des Gemeindevorstandes zum Zwecke der bevorstehenden Veranlagung der Einkommensteuer für das Steuerjahr 1919 eine Steuererklärung zu erfordern ist, obwohl dieselben bisher nur mit einem Einkommen bis einschließl. 3000 Mk. veranlagt waren.

In das Verzeichnis sind auch diejenigen Steuerpflichtigen aufzunehmen, welche bisher ein Einkommen unter 3000 Mk. versteuert haben, denen aber für das Steuerjahr 1919 vom Gemeindevorstande oder von der Voreinschätzungskommission im Markenblatt ein Einkommen von mehr als 3000 Mk. angezeigt worden ist. Bei diesen Steuerpflichtigen ist in dem Verzeichnis der Vermerk zu machen: „Bisher unter 3000 Mark.“ Dillenburger, den 30. Oktober 1918.

Der Vorsitzende der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission.

An die Herren Vorsitzenden der Einkommensteuer-Voreinschätzungskommissionen.

Sie werden ersucht, den Termin des Zusammentritts der Voreinschätzungskommissionen, sobald derselben feststeht, bekanntzugeben. Dillenburger, den 30. Oktober 1918.

Der Vorsitzende der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission.

Abblendung der Häuser.

Die Bevölkerung wird nochmals ersucht, ihre Wohnhäuser, Fabriken pp. bei Dunkelheit abzublenden, so daß kein helles Licht nach außen sichtbar wird. Kein Lichtquelle darf stärker sein oder heller brennen, als es der Zweck unbedingt erfordert. Es kommt dabei auf jede einzelne Lampe an. Lichtquellen außerhalb von Gebäuden sind, soweit irgend durchführbar, nach oben und nach den Seiten abzublenden. Auch die Straßenbeleuchtung in den Ortschaften ist auf das geringste mögliche Maß zu beschränken. Wichtig ist die Verblendung der Straßenlaternen in der Nähe von Wasserläufen und Brücken. Hierauf werden die Herren Bürgermeister der an der Dill gelegenen Ortschaften, insbesondere von Dillenburger und Herborn ganz besonders hingewiesen.

Die Verblendung hat stets zu erfolgen, nicht nur bei Fliegergefahr.

Die für den Fall der Fliegergefahr getroffenen Maßnahmen in den einzelnen industriellen Werken (Hochöfen) sind auch künftighin eintretenden Falls durchzuführen.

Dillenburger, den 29. Oktober 1918.

Der Königl. Landrat: v. Schödel.

Kartoffelversorgung durch die Gemeinden bzw. den Kreis.

§ 1. Versorgung durch die Gemeinde.

In allen Fällen, in denen Versorgungsberechtigten eine Eindeckung auf Grund der durch Kreisverordnung vom 18. September d. J. zugelassenen Bezugsscheine bis zum 31. Oktober d. J. ganz oder teilweise nicht gewährt oder nicht möglich ist, erfolgt die Versorgung unmittelbar durch die Gemeindebehörde.

Die betr. Versorgungsberechtigten, haben ihren nicht durch Bezugsscheine gedeckten Bedarf unter Mitgabe der Bezugsscheine der Gemeindebehörde ihres Wohnorts bis zum 1. November d. J. anzuzeigen.

Die Gemeindebehörden haben dem Landratsamt bis zum 8. November anzuzeigen, in welcher Höhe der Bedarf der Versorgungsberechtigten durch Bezugsscheine nicht gedeckt ist und die unmittelbare Versorgung durch die Gemeinde eintreten muß.

§ 2. Versorgung und Ausbringung durch den Kreis.

Der Kreis legt die von ihm für die unversorgten Kreisbewohner und die ihm durch die auferlegten Pflichtlieferungen zu beschaffenden Kartoffeln auf die Gemeinden des Kreises oder auf die einzelnen Kartoffelerzeuger um. Die vorläufige Umlegung erfolgt auf Grund der ermittelten Anbaufläche und des durch Schätzung ermittelten durchschnittlichen Ertrages. Bei dieser Umlegung haben die Anbauflächen unter 200 Quadratmeter außer Betracht. Die endgültige Umlegung erfolgt auf Grund des Ergebnisses der bereits angeordneten Bestandserhebung.

Der Ankauf der von dem Kreis nach Abs. 1 anzubringenden Kartoffeln erfolgt durch den vom Kreise beauftragten Käufer, Firma Lattenbach in Herborn.

Auf die von der Gemeinde angeforderten Kartoffeln werden die auf Grund von Bezugsscheinen aus der Gemeinde verkauften Kartoffeln in Anrechnung gebracht, soweit diese Bezugsscheine vom Verkäufer der Gemeindebehörde als Verlag abgeliefert worden sind. Aus der verbleibenden Menge wird zunächst der noch zu befriedigende eigene Ortsbedarf (§ 1) gedeckt, der Rest nach Anweisung des Kreises geliefert.

Den Gemeinden wird die Abrechnungsforderung jedes einzelnen Besitzers mitgeteilt.

Gegen solche Besitzler, welche der Aufforderung zur Ablieferung nicht nachkommen, wird im Wege der Zwangsandrohung einer Geldstrafe auf Grund des § 132 des Landverordnungs-Gesetzes und nötigenfalls der Enteignung vorgegangen werden. Unterlassen sie trotz Aufforderung die Auslieferung und Anfuhr zur Verladung, so wird beides auf ihre Kosten bewirkt. Kommt der zur Lieferung Verpflichtete der Aufforderung zur Lieferung innerhalb der gesetzten Frist nicht nach, so tritt eine Kürzung des Uebernahmepreises um 3 Mark für den Zentner ein.

§ 3. Lieferungsbedingungen.

Für verlesene Kartoffeln steht dem Erzeuger der durch Verordnung der Provinzial-Kartoffelstelle vom 12. September d. J. festgesetzte Höchstpreis von 5,50 Mk. für den Zentner zu. Dieser Preis gilt für Lieferung ohne Saft und schließt die Kosten des Transportes bis zum nächsten Güterbahnhof ein. Bei Lieferung unversorbener Kartoffeln ermäßigt sich der Höchstpreis um 50 Pfg. pro Zentner.

Zu dem Höchstpreis tritt hinzu für jeden bis 31. Dezember 1918 zur Verladung gebrachten Zentner eine Schnelligkeitsprämie von 50 Pfg. für den Zentner und eine An-

er will, daß es zum Frieden kommt, der zeichne Kriegsanleihe. Und wer will, daß der Frieden möglichst gut wird, der zeichne erst recht Kriegsanleihe. Darum zeichne!

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 31. Oktober, abends. (W. B. Amtlich.) Erneute die in Flandern. Feindliche Angriffe von der Grenze bis zur Schelde sind vor der Absicht der deutschen Truppen und der Schelde brachten wir den der einzelnen Stellen in unsere Linien einbrang. Auf dem Wisne-Höhen nordwestlich von Borsian wurden heftige Angriffe der Franzosen abgewiesen.

Der Appell an die Pflicht gegenüber dem Vaterlande hat im deutschen Volk stets dann den stärksten Widerhall gefunden, wenn die Not am größten war. Hört auf die Stimme der Vaterlandsliebe: Kriegsanleihe zeichnen!

Der türkische amtliche Bericht.

Konstantinopel, 28. Okt. (W. B.) Palästinafront: Die türkische Armee gegen unsere neuen Stellungen dicht nördlich von Haifa mit gelingen Kräften an. Mesopotamien: Die wurden feindliche Angriffe abgewiesen.

Kleine Mitteilungen.

Berlin, 31. Oktober. Der Reichstag wird, wie das Reichsanzeiger mitteilt, am 1. November, erst in der kommenden Woche zusammenzutreten, schon des Freitag und Sonnabend hohe katholische Feiertage.

Berlin, 31. Oktober. Wie die „B. Z.“ am Mittag hört, wird die ungarische Vorkämpfer Prinz Hohenhausen nach Wien abgereist. Der Vorkämpfer hat zwei bis drei Tagen von Wien zurückzukehren.

Berlin, 31. Oktober. (W. B.) Der Kaiser, der sich in der Reichshauptstadt aufgehalten hatte, hat das große Hauptquartier begeben.

London, 30. Okt. (W. B.) Die letzte deutsche Botschaft an das britische Außenministerium ist übergeben worden. Man hofft, daß sie nichts an der Lage ändern wird. Man hat die nächste Schritt in der Bekanntmachung der Bedingungen von den verbliebenen Generalen abgelehnt.

Berlin, 31. Oktober. (W. B.) Die Abendblätter melden: Die von der Welt des Kaisers entspricht nicht dem Kaiser und die Kaiserin befinden sich in Berlin.

Berlin, 30. Okt. (W. B.) Der Abgeordnete Tuszar erklärt, daß von dem Reichstag unterzeichnete Beschlüsse an die Reichsregierung zur Ausführung zu kommen. Der provisorische tschecho-slowakische Reichstag in Wien mitgeteilt wird.

Berlin, 31. Okt. (W. B.) Der Ausschuss für nationale Verteidigung hielt heute die konstituierende Versammlung.

Berlin, 30. Okt. (W. B.) Die Blätter des österreichischen Besatzungsgebietes melden, daß der ehemalige tschecho-slowakische Reichstag in Wien mitgeteilt wird.

Berlin, 31. Okt. (W. B.) Der Ausschuss für nationale Verteidigung hielt heute die konstituierende Versammlung.

Berlin, 30. Okt. (W. B.) Die Blätter des österreichischen Besatzungsgebietes melden, daß der ehemalige tschecho-slowakische Reichstag in Wien mitgeteilt wird.

Berlin, 31. Okt. (W. B.) Der Ausschuss für nationale Verteidigung hielt heute die konstituierende Versammlung.

fuhrpärnte von 5 Pfg. für den Zentner für jeden ange-
hangenen Kilometer vom Hof bis zur Verladestelle (Eisen-
bahnstation), höchstens aber für 5 Kilometer.

Der Verkäufer ist verpflichtet, gut verpackte und ge-
sunde Speisekartoffeln zu liefern. Die Kartoffeln dürfen
nicht mehr als 1 1/2 Prozent vom Nettogewicht Erdbesatz
aufweisen, bei mehr als 1 1/2 Prozent Erdbesatz wird das
volle Gewicht des Erdbesatzes in Abzug gebracht.

Bei Zulassung von Kartoffeln durch die Gemeinde wird
vom Käufer eine Vermittlungsgebühr von 25 Pfg. für den
Zentner erhoben.

§ 4. Ueberwachung der Aufbewahrung.
Die Gemeinden haben durch Sachverständige festzustellen,
ob die Verbraucher, welche ihre Vorräte selbst einlagern
wollen, über genügende Aufbewahrungsräume verfügen. Sie
haben ferner in regelmäßigen Zeitabständen, mindestens
alle zwei Monate, durch Sachverständige nachprüfen zu las-
sen, ob die Kartoffeln gegen Verderben geschützt sind.

Die Gemeinden haben für sorgfältige Aufbewahrung der
ihnen überwiesenen Kartoffeln, soweit sie solche nicht als-
bald den Versorgungsberechtigten überweisen, in Mieten oder
sonstigen geeigneten Lagerräumen zu sorgen. Falls sie die
überwiesenen Kartoffeln im Gewahrsam der Lagerungspflich-
tigen Erzeuger belassen, haben sie für Sicherstellung gegen
Verderben und Verlust zu sorgen. Eine Nachsicherung kann
nicht gewährt werden.

Einwohner, die nicht die volle Gewähr für einen spar-
samen Verbrauch bieten, dürfen die Kartoffeln von dem Ge-
meindevorstand nur höchstens monatelang zugewiesen werden.

Auch für die ordnungsmäßige Aufbewahrung derjen-
igen Kartoffeln, die in den Aufbewahrungsräumen der Ver-
braucher nicht sicher untergebracht werden können, haben die
Gemeinden zu sorgen, ebenso für Sicherstellung des Kartof-
felbedarfes derjenigen Verbraucher, die zu einer baldigen
Bezahlung ihres Kartoffelbedarfes nicht in der Lage sind.

Dillenburg, den 26. Oktober 1918.

Der Kreisausschuß.

Die Herren Bürgermeister
erlaube ich, die Gemeindeglieder auf vorstehende Ver-
ordnung hinzuweisen und den etwa nicht durch Bezugs-
schein gedeckten Bedarf pünktlich bis zum 28. d. Mts.
hier anzumelden, damit eine rechtzeitige Uebernahme des
Bedarfs nach dem Eintritte des Frostes erfolgen kann.

Gleichzeitig erlaube ich, sämtliche erledigten Kartof-
felbezugscheine nach dem 31. d. Mts. von den Erzeugern ein-
zuholen und nach Eintragung in eine Liste, die als Kon-
trolle für die Bestandsaufnahme und Abgabe zu gelten
hat, bis zum 5. November hierher einzureichen.

Im übrigen richte ich die Bitte an alle Landwirte des
Kreises, ihren Ueberschuß an Kartoffeln, soweit er nicht
durch Bezugscheine schon verkauft ist, möglichst bald den
Gemeinden zur Verfügung zu stellen, damit nicht allein der
Bedarf innerhalb des Kreises rechtzeitig gedeckt, sondern
auch die dem Kreise auferlegte Pflichterfüllung zugunsten
des Heeres noch vor Eintritt des Frostes auszuführen werden
kann. Die rechtzeitige Uebernahme aller Ueberschüsse liegt
nicht allein im Interesse des Kreises und der Gemeinden,
sondern auch im Interesse eines jeden Landwirts, da so-
wohl der Kreis wie auch die Gemeinden nach § 8 und 9
der Bundesratsverordnung vom 18. Juli 1918 für die reif-
liche Erfüllung der ihnen aufgegebenen Pflichten haup-
tsächlich gemacht sind und bei Nichterfüllung dieser Ueber-
nahme eine Verabfolgung ihrer Verbrauchsmengen zu gewärtigen
haben.

Dillenburg, den 26. Oktober 1918.

Der Königl. Landrat.

Kartoffellieferung.

Die Reichskartoffellieferung hat die bei der Berechnung
des Ueberschusses des Kartoffelerzeugers in Abzug zu bring-
ende Ausgleichsreserve von 20 auf 10 Prozent herabgesetzt.
Die Gendarmerie hat dies bei der jetzigen Bestands-
aufnahme zu berücksichtigen.

Die Herren Bürgermeister wollen die jetzigen Men-
gen, welche durch die Kürzung der Ausgleichsreserve um 10
Prozent des Ernterücktrages nunmehr frei werden, sofort
einziehen und nach Befehl der Firma Hattenbach in Her-
born an die von ihr ausgegebene Empfangsliste verladen,
ohne erst die Bestandsaufnahme durch die Gendarmerie ab-
zuwarten. Dem Erzeuger ist über die Höhe der somit ein-
gezogenen Mengen eine Bescheinigung zu geben, als Aus-
weis gegenüber der Gendarmerie.

Dillenburg, den 28. Oktober 1918.

Der Königl. Landrat: v. Sybel.

Ginster.

Die Schwierigkeiten bei der Stoffversorgung für Be-
kleidung machen eine restlose Erfassung des Ginsters drin-
gend erforderlich. Die Notwendigkeit hierfür scheint noch
nicht durchgedrungen zu sein. Ich ersuche die Herren Bür-
germeister, in deren Gemeinden sich Ginster befindet, dem
Kommissionär der Fleißer- und Bau-Gesellschaft Herrn Albrecht
Knipp in Weissenbach b. Deuz i. Westfalen bei dem An-
kauf des Rohginsters zu helfen und ihn insbesondere die
Eigentümer von Ginsterbeständen namhaft zu machen.

Dillenburg, den 28. Oktober 1918.

Der Königl. Landrat: v. Sybel.

Meister Ingenieur sucht zur
Eriolung vom 11. Nov. ab
einen dreiwöchigen

Landauferhalt,

am liebsten bei einem Selbst-

verfasser, zu nehmen.

Angeb. mit Penfio spreis

unter P. 4004 an die Ge-

schäftsstelle des Blattes.

Meisteres

Mädchen

welches selbständig kochen
kann, in besseren Haushalt
auf dem Lande (Nähe Dillen-
burgs) sofort gesucht; Zwei-
mädchen vorhanden. Ange-
bote nimmt die Geschäftsstelle
dieser Ztg. entgegen.

Königl. Gymnasium.

Der Unterricht beginnt wieder Dienstag, den 5. Nov.

Die Schüler werden gebeten, flüssig Kriegsleihe zu
werden und die Zeichnungsscheine auf die vom Zeichner ge-
wünschte Bank zu versorgen. Zeichnungsscheine für Schul-
kriessanleihe, aber noch keine Geldabgaben, werden am
Dienstag und Mittwoch, den 5. und 6. November in der
Schule angenommen.

Bekanntmachung.

Am 4. November cr., nachmittags 1 Uhr, wird der
Unterschiede zu Dillenburg, Adolfr. Nr. 15 folgende
Nachlassgegenstände öffentlich, meistbietend gegen gleichbare
Zahlung versteigert:

2 compl. Betten, 1 Kleider-, 2 Küchenschränke,
1 Waschtisch, 1 Sofa, 1 email. Kuchentisch
(vernickelt), 6 Rohstühle sowie Porzellan und
Küchengeräte.

Deblon, Gerichtsvollzieher.

Laut Verfügung des Kriegsauslasses für Dele und
Felle, Berlin, ist meine Mühle im ganzen Regierungs-
bezirk Wiesbaden für die

Verarbeitung von Bucheckern

gegen Verschlagsschein zugelassen. Für 12 Pfund lufttrockene
Bucheckern gebe ich ein Liter reines Bucheckernöl und die
entsprechenden Kuchen. Die Annahme erfolgt gegen auf
meine Mühle ausgeteilte Verschlagsscheine in meiner Fabrik.

Philipp L. Fauth, Oelfabrik, Dohheim.

Baracken-, Straßen- und Stellungsarbeiter
in großer Zahl für das befehlte Gebiet gesucht.

Meldung und Auskunft bei der

2931

Hilfsdienstmeldestelle Herborn.

Wohnung zu mieten gesucht

mit Stallung bevorzugt. Angebote mit Preis unter C.
B. M. 4017 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Eicheln,

diese ben müssen getrocknet
und heimlich sein. Bezugs-
preis bei E. V. 12 Pfg. bei
kleineren Posten 10 Pfg. pro
Pfund. Annahmestellen nur
Samstags, Dienstags und
Donnerstags von 3-5 Uhr.

Ph. Hofmann Nachf.,
Dillenburg,
Telefon Nr. 268.

1a. Stärke

Schöne weiße Ware, wel-
che sich auch als Rohware
eignet, empfiehlt per Pfd.
zu Mk. 11.50, 1 Also -
2 Pfund Mk. 22.- pro
Nachnahme oder Vor-
zahlung des Betrages.
Deutsche Arbeitsbörse
Saarbrücken 1769

Ein Klavier zum

Ueben gesucht

gegen Anzahlung. Angeb.
unter Nr. 4013 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

5 Defen,

1 Waschtisch mit Mantel,
2 kompl. Matratzenbetten,
alles in gutem Zustand, we-
gen Abzug zu verkaufen bei
Meinr. Schaab, Niedersfeld.

Gut erhaltener dreilamiger

Gasherd

zu verkaufen. 4011
Näheres Geschäftsstelle.

Wohnung,

3 bis 4 Zimmer nebst Küche
und Zubehör zu mieten ge-
sucht. Zu erfragen in der
Geschäftsstelle des Blattes.

Einfache Schlafstelle

gekauft.
Angeb. unter C. M. 4025
an die Geschäftsstelle der
Dillzeitung.

Schönes trachtiges Kind

zu verkaufen.
Gorthaus Steinbach,
Babakation Dillbrecht.

Kirchliche Nachrichten.

Dillenburg.

Sonntag, den 3. November.

Reformationsfest.

7 1/2 Uhr: Brandenburg.

Vorbereit u. Fest d. Abend.

Koll. f. d. G. u. M. Verein.

auch in den Kapellen.

11 Uhr: Kindergottesdienst.

2 Uhr: Vfr. Comm.

Am 4. U. G. d. H. Conrad.

7 1/2 Uhr: Brandenburg.

7 1/2 Uhr: Veranm. l. Vereinsb.

Dienst. 8 Uhr: Jungfrauenver.

Mittw. 8 1/2 Uhr: Jungfrauenver.

Donnerstag 8 1/2 Uhr: Kriegs-

andacht i. d. M. in der Schule.

Frei. 8 1/2 Uhr: Vfr. d. Kinder-

Frei. 7 1/2 Uhr: Gebetsst. i. Herborn.

Kath. Kirchen: mein e.

Am Sonntag und Feiertagen:

7 1/2 Uhr: Frühmesse. 9 1/2 Uhr:

Hochamt mit Predigt. 2 Uhr:

Andacht oder Christenlehre.

Am Werktagen: 7 1/2 Uhr:

5 1/2 Uhr: Beichtgelegen-

heit: Samstag nachm. 5-7

und nach 8 Uhr, Sonntag

vorm. 8 1/2 Uhr. 7 1/2 Uhr: Kom-

munionsteilnahme in jeder

beliebigen Messe.

Eben-Ger-Kapelle.

Am 4. U. 7 1/2 Uhr: Orgell.

11 Uhr: Sonntagsschule.

2 1/2 Uhr: Erntedankfest in

St. Bach. Pred. Orgell.

Mittw. abd. 8 1/2 Uhr: Gebetsst.

Kaiser.

Vorm. 7 1/2 Uhr: G. u. M. Verein.

Koll. f. d. G. u. M. Verein.

Beichte u. heil. Abendmahl.

2 1/2 Uhr: Kaiser. Gottesd.

Mittw. 9 1/2 Uhr: Jungfrauenver.

Donnerst. 9 1/2 Uhr: Kriegs-

andacht im Vereinshaus.

Freitag 7 1/2 Uhr: Jungfrauenver.

Lebensmittel.

Sonderausgabe. Sonnabend, den 2. November. 1918.

Näheres li. be. Ausb. d. Bürgermeistersamt und Rathaus.

Dillenburg, den 31. Oktober 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Durch Beschluß der städtischen Rörerschaften vom
10. 10. 18
ist der Gaspreis ab 1. Oktober 1918 auf 24 Pfg.
für 1 cbm. erhöht worden.

Dillenburg, den 31. Okt. 1918

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Alle bestehenden Verpachtungen von Graswiesen
den Bezirksstrassen und von Reigrundstücken sind mit
dieses Kalenderjahres abgelaufen.

Der Verkauf der Graswiesen wird im Jahre 1919
auf dem Balm erfolgen. Die Reigrundstücke werden
nächst wieder auf eine Reihe von Jahren öffentlich meistbietend
verpachtet werden.

Weitere Ausschüsse erteilen die zuständigen Landes-
meister.

Dillenburg, den 31. Oktober 1918.

Das Landesbauamt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen,
insbesondere für das Grabgeleit, sagen wir allen
Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Angehörigen:

Margarethe Kain
geb. Palsche.

Sachsenhausen (Waldeck), Grobhausen (Dill).
31. Oktober 1918.

Todes-Anzeige.

Gestern Morgen 1/12 Uhr entschlief sanft nach
kurzem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter
Mann, der treusorgende Vater meines Kindes,
unser einzig lieber Bruder, Schwager, Onkel u. Neffe

Herr August Reh

im Alter von 29 Jahren.

In tiefem Schmerz:

Frieda Reh geb. Sauer und Kind
Fr. Gustav Reh Ww., Mutter
Anna Gudenus geb. Reh
Frieda Kusan geb. Reh
Hedwig Reh
Lina Reh
Fr. Hermann Sauer Wwe.

Kaiser, den 31. Okt. 1918.

Die Beerdigung findet Sonntag 3 1/2 Uhr statt.
Von Beileidsbesuchen bittet man absehen zu wollen.

Nach kurzem schwerem Leiden starb am 30. Okt.
meine innigstgeliebte Frau, unsere liebe Tochter
und Schwester

Frau Helene Czeh

geb. Kreher.

Die kaisernden Hinterbliebenen:

Karl Czeh, August Kreher und Familie.

Kaiser, den 31. Oktober 1918.

Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag

3 Uhr statt.

Zeichnungen

auf die

Kriegsanleihe

zu 98%

nehme ich kostenlos entgegen.

L. Pfeiffer

Depositenkass. Dillenburg, Dillenburg.

Reichsbankgironkonto. Postscheckkonto Frankfurt a. M. 18450.
Fernsprecher 43.

Hauptgeschäft Cassel, Zweigstellen Fulda, Hersfeld, Marburg,
Bad Wildungen, Witzhausen.

Agenturen Allendorf-Soeden, Bebra, Hünfeld.

Darlehen

für

Kriegsanleihezeichnungen

zu Darlehenskassenbedingungen (5 1/2% Zinsen)

Nähere Auskunft bereitwilligst

und kostenlos.